Der Fall Otto John

MOSKAU

LONDON

BONN

…GRÜNDE UND LEHREN

VON RUDOLF DIELS







DER FALL OTTO JOHN

HINTERGRÜNDE UND LEHREN

VON

RUDOLF DIELS

REGIERUNGSPRÄSIDENT A. D.

GÖTTINGER VERLAGSANSTALT

2. Auflage 1954

Gesamtherstellung: Karina Goltze Verlag, Göttingen
Printed in Germany

INHALT

Warum?
7

Mister John
12

Eine gemischte Gesellschaft
19

Ausländische Auftraggeber
27

Skandal muß sein
33

Spitzelapparat und Verfassungsschutz
39

Die Chancen des Opportunisten
46

Selbst Hermann Göring ...
50

Der Ring schließt sich
56

WARUM?

Seitdem Otto John ging, seitdem der Blitz in das Treibhaus eingeschlagen hat, bildet mein Bauernhof keinen Schutz mehr gegen neugierige Frager. Ich fürchte, daß die Auskünfte, die ich als höflicher Mann nicht verweigern kann, durch beflissene Künstler der öffentlichen Meinungsbildung Verfälschungen ausgesetzt sein werden. So erschien es mir einleuchtend, besonders dringenden Hinweisen nachzugeben, und einiges von meinem Wissen, nicht über die Sensation, sondern über die Hintergründe dieses Falles mitzuteilen, nur um die Lehren aus diesem Ärgernis mit umso größerer Bereitschaft darzulegen. Daß meine „Lehren" denen ungebeten kommen, die den Bock zum Gärtner gemacht haben, und die nun unter großen Lamentationen neue Böcke suchen, weil sie gar keinen Gärtner gebrauchen können, der den Garten reinigt — das ist es nicht, was mich zu einem unlustigen Schreiber macht. Es ist einfach die Vorstellung Goethes, daß die Resignation die vornehmste Voraussetzung für die Kenntnis und die Beurteilung der Wirklichkeit ist, was nicht besagen soll, daß ich nicht in das schallende Gelächter mit eingestimmt hätte, das in diesen Wochen aus den Tiefen unseres Volkes heraus in die kostspieligen, abgedämpften Räume unserer Parlamente und Ministerien hinauf schallte. Man mag in diesen Tagen an die Mischung von Empörung und Ausgelassenheit oder Galgenhumor denken, die in Deutschland nach dem

Abflug von Rudolf Heß herrschte. Man möge mir deshalb auch einige saloppe Wendungen dieser Schrift nachsehen. Die Kommunisten malten damals in Pankow und Wedding an die Wände: „Volksgenossen habt Vertrauen, einer ist schon abgehauen!"

Man traut unserer Obrigkeit leider vieles zu, doch auf die Flucht Johns war man nicht vorbereitet. Man fragt nun berechtigterweise nach der Schuld, die Bonn am „Fall John" trägt. Auch Bonn sucht nach Schuldigen. Der englische Meisterspion Sefton Delmer brauchte aber gar nicht erst zu suchen, er hatte des Rätsels Lösung schon fertig in der Tasche: Schuld sind die Nazis! Aber Sefton Delmer müßte es wissen, daß John nicht etwa dem Come-back der Nazis ausweichen wollte, er muß es wissen, daß es sich auch nicht um eine Panne der Deutschen handelt, sondern daß einer *seiner* Leute übergelaufen ist. — Es wird Zeit, daß die Verhältnisse um John im Lichte der Wirklichkeit gesehen werden.

Ich habe aus allernächster Nähe, von einem vorgeschobenen Ausblick aus, das Dritte Reich in seiner Entstehung und in seiner Liquidation betrachten können. Ich war unter dem Minister Severing, unter den Kanzlern von Papen und von Schleicher, schließlich unter Göring in der politischen Polizei unseres Landes tätig, nicht aus innerer Neigung zu dem fragwürdigen Handwerk, sondern weil es so kam; nicht weil ich von irgendwelchen hintergründigen Kräften lanciert und ausgehalten wurde, sondern weil Vorbildung und Laufbahn mich auf diesen Posten führten. Ich war demzufolge als ein potentieller Angeklagter in den Zellen hinter dem Nürnberger Justizpalast und als Zeuge in seinen verhangenen Zim-

mern vom ersten Anfang des Prozesses bis zum Abzug des letzten Anklägers dabei. In der Zwischenzeit hatte ich als Gefangener der Gestapo den edleren Geist des deutschen Widerstandes kennengelernt, der den Befreiern so unerwünscht war wie sie diejenigen, die sich als Verräter und Siegeshelfer rühmen konnten, begönnerten. Meine Kennerschaft hat sich mir aufgedrängt, über und in den Gefängnissen beider Seiten. Die Notwendigkeit, in der allernächsten Nähe Erlebtes wahrzunehmen und aus einem allgemein menschlichen Antrieb heraus in einem geistigen Zusammenhang zu sehen mit dem, was war und was wird, die Kenntnis schließlich erprobter Organisationsformen und ihrer sachlichen Arbeit setzt mich in den Stand, den Unfug der Wildwest-Organisation meines Nachfolgers John ebenso zu beurteilen wie die Kindergärten amerikanischer Agentenzentralen.

Über den Menschen John etwas Negatives auszusagen, liegt mir fern. Ich habe nicht die Absicht, den weltweiten Klatsch um ihn zu vertiefen. Er ist mir schließlich, um in unserer gemeinsamen Wiesbadener Sprache zu sprechen, als ein netter Mensch begegnet. Hier interessiert nur der John der Politik und sein Amt.

So sehr die deutschen Patrioten in ihren Gedanken den verlorenen Krieg und das verlorene Volk umschreiten, sie finden kein Luftloch, aus dem heraus ein frischer Wind die Stickluft des billigen Sonntags verjagen könnte, keinen Ansatz für eine sittliche Erneuerung, wie sie nach 1806 zu einer Häufung klassischer Talente in unserem Vaterland geführt hat, deren Wirksamkeit mit einer Reform der deutschen Gemeinwesen an Haupt und Gliedern ein-

setzte; denn das war und ist unter der Fremdherrschaft das einzige, was einem Staate nicht verwehrt werden kann. Unter der Anleitung hysterischer Umerzieher geschah das Gegenteil. In einem skandalfreudigen und im tiefsten staatsfeindlichen Milieu sollte sich der gegen alle Rückfälle immunisierte deutsche Staat entwickeln.

Die Substanz des Deutschen ist fast nicht mehr zu erkennen. Ist er wirklich umgeformt worden nach dem Vorbilde der widerlichen Modellfiguren der Reeducation, oder schweben ihm noch im Geiste hoch über lärmenden Musterdemokraten und literarischen Tugendbestien, den Hassern und den Betulichen, edlere Vorbilder aus seiner Geschichte vor Augen? Ist er wirklich unter der Dollaratmosphäre des Wirtschaftswunders in eine satte Apathie verfallen, die sein nationales Bewußtsein ausgelöscht hat?

Allein der alte Bundeskanzler, der auf der deutschen Marionettenbühne des Unwirklichen seine Rolle mit Leben erfüllt und die Kastration der deutschen Staatlichkeit zu verbergen versteht, erinnert die Deutschen an die staatsbildenden Männer der Vergangenheit. Dem Schöpfer und Hüter des unerwarteten Wohlstandes danken sie mit rührender Loyalität gegen eine sie im übrigen nicht interessierende Staatsveranstaltung, die weder Achtung noch Liebe auslöste.

Es ist nun nicht so, daß diese kompakten Feststellungen von den Regisseuren der Sache ignoriert würden. Sie klagen selbst mit lauter Stimme: „Es gibt kein Staatsgefühl mehr", „es wehrt sich keiner mehr." „Wir müssen uns von dem antinazistischen

Komplex befreien!" Sie sagen das wie psychoanalytische Heilpraktiker und sie sind doch gleichzeitig bereit, jeder heraufsteigenden Elite das nationalsozialistische Stigma anzuhängen, sie zu verfemen und den Siegern zu denunzieren.

Und also — warum schreiben und lehren wollen von den Hintergründen unserer deutschen Dreyfuß-Affaire, die die Hintergründe der gesamten deutschen Politik sind, was keiner hören will, — weder die deutschen Führungskreise, die es angeht, obwohl sie hier wirklich schuldlos sind, noch die Amerikaner, die hinter der Staffage einer fingierten Staatlichkeit den sumpfigen Grund für das Ungeheuerliche gelegt haben, noch die Engländer, die aus ihrem deutschen Emigrantenköcher täglich neue Johns zur Verhinderung einer Ausweitung unserer Wirtschaftsmacht zu schicken bereit sind, noch gar die Franzosen, die uns mit Hekatomben von Johns verseuchen möchten, um den Amerikanern unsere Unverläßlichkeit darzutun. Vielleicht sollte man für das deutsche Volk schreiben, dessen echte Meinung von der „öffentlichen Meinung" wie eine geheime Macht im Untergrunde geleugnet, beschönigt und umgebogen wird. Aber das Volk? Es liest keine Bücher, so wenig wie der einzige, der es ändern könnte, der Bundeskanzler. So schreibe ich denn für diejenigen, die gerade von m i r ein Wort zu dieser Sache erwarten, kein betuliches, wie es zum „fairen" Ton unserer Skandale beschwatzenden, Skandale beschönigenden und Skandale vergessenmachenden wohl-umerzogenen öffentlichen Meinung gehört, jener öffentlichen Meinung, die vergessen hat, daß schon einmal ein Hitler bei seinem Aufstand gegen

die Betulichkeit unserer demokratischen Gralshüter Erfolg gehabt hat.

MISTER JOHN

Der große Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß war beendet. Die Asche der Gehängten war in alle Winde zerstreut worden. Da packte die englische Kommission, Richter, Ankläger und ihre Gehilfen, die Akten zusammen und verließ den Justizpalast. Zurück ließen sie einige deutsche Emigranten, die den Amerikanern ausgeliehen wurden. Die „subsequent proceedings“, die Nachfolgeprozesse gegen Diplomaten, Generale, Industrielle, Richter und hohe Beamte spielten sich unter der alleinigen Regie der Amerikaner ab. Die anderen Feindmächte waren durch Beobachtungsstäbe vertreten. Mit dem steigenden Einfluß der britischen Linken in Gestalt eines rothaarigen haßerfüllten Kerls, stieg auch ein Einflüsterer in den Vordergrund, der „Mister John“ genannt wurde. Sein Wort galt viel bei den Amerikanern, denen er mit seinen besonderen Kenntnissen und durch Zusammentragen des belastenden Materials aus den güterzugsweise herangeschleppten Akten imponierte. Der Gedanke, daß er der Bruder des mir bekannten, nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Hans John sein könnte, kam mir nicht in den Sinn; denn ich hielt ihn nach seinem Äußeren, zumal in seiner britischen Uniform, für einen Angelsachsen. Wegen einiger Äußerungen, die mir über ihn zugetragen worden waren, sah ich allen Anlaß,

eine persönliche Begegnung zu vermeiden. Als ich mich eines Tages dennoch über eine hohe Persönlichkeit des Gerichts um seine Zustimmung für meine Rückkehr in die britische Zone bemühte, erhielt ich die barsche Auskunft, daß er — John — mich beim Betreten der britischen Zone verhaften ließe.

Die Tatsache, daß sich in der großen Politik die Spaltung zwischen Ost und West immer schärfer herausbildete, die Wendung der amerikanischen Gesamthaltung in eine antibolschewistische, wurde im Nürnberger Justizpalast völlig ignoriert. Die antifaschistische, sprich kommunistische Terminologie beherrschte die amerikanischen Ankläger noch stärker nach dem Abzug der Russen als in der Zeit des großen Prozesses, in dem die reinen russischen Racheideen und die kommunistischen Ideologien durch die Sachlichkeit der Engländer neutralisiert wurden. Selbst auf dem Höhepunkt der ost-westlichen Spannung während der Berliner Blockade blieb der Eiserne Vorhang geöffnet für den Durchlaß russischer Kontrollbesuche in Nürnberg. Gelegentlich eines Banketts bei einem solchen Anlaß erklärte der amerikanische Hauptankläger den russischen Emissären: „Sie müssen doch mit uns zufrieden sein; ich glaube nicht, daß Sie die Sache hätten besser machen können." Die befriedigten Russen gewährten dann auch einigen Amerikanern, sprich deutschen Emigranten, freies Geleit zur Materialsuche in Berlin gegen das Auswärtige Amt und die Generale, und in Leuna gegen die I. G. Auch John konnte meines Wissens einen solchen Suchtrupp anführen.

Daß John ein deutscher Bürger war, erfuhr ich erst, als seitens der Anklage ein neuer Kronzeuge

gegen das Auswärtige Amt in dem Weizsäcker-Prozeß eingeführt wurde. Es war der Herr von Putlitz, der als Freund und Beauftragter des antideutschen Monomanen Vansittart und als ehemaliger deutscher Diplomat die Entlastungszeugen des Auswärtigen Amtes unglaubwürdig machen sollte. Putlitz hatte in London vertrauten Umgang mit John und den anderen Deutschen gehabt, die sich in der antideutschen Kriegspropaganda betätigt hatten. Er hatte mich in Berlin anläßlich eines Verfahrens kennengelernt, das gegen ihn vor seiner Flucht nach England geführt worden war. Ich hatte bei ihm keine besondere Abneigung hinterlassen, so daß auch er noch einmal den vergeblichen Versuch machte, John in meiner Sache milder zu stimmen.

Putlitz war eine merkwürdige Mischung aus dekadenter aristokratischer Hochzucht, gefühlsmäßiger Überempfindsamkeit, von deutschem Patriotismus und slawischer Verschwärmtheit. Er philosophierte vor mir über seinen Entschluß, England zu verlassen und in die Ostzone zu gehen: „Ich hätte nicht aus Deutschland emigrieren dürfen. Der Emigrant hat immer Unrecht. Ich habe hier den russischen Diplomaten W. wiedergetroffen. Schon als ich ihn in Paris kennenlernte, hatte er mir gesagt, daß der Patriot unter den widerwärtigsten Regierungsformen in sein Land gehöre. Verrat sei auf die Dauer unerträglicher und schlechter bekömmlich als Loyalität gegenüber einem schlechten System". „Ich möchte in meine Heimat im Osten zurückkehren", resumierte er. Seine Dostojewskischen Meditationen fielen mir wieder ein, als „Der Spiegel", der einzige Exponent gegen die Betulichkeit unserer öffentlichen Meinung,

über die fortwährende Verbindung Johns zu Putlitz berichtete. Nach seinem Bericht forderte von Putlitz noch in diesem Jahr John auf, zum Osten überzuwechseln.

Ein Jahr später lernte ich John in einem Wiesbadener Kreis gemeinsamer Schulkameraden persönlich kennen. Bei dem heiteren Wiedersehen alter Gymnasiasten, die es nach Internierung und Denazifikation wieder zu etwas gebracht hatten, berichtete man sich scherzhaft aus der Zeit „in der wir alle Nazis waren", von munteren Strapazen als SA- oder SS-Führer bei Fackelzügen und Aufmärschen, über Front- und Internierungserlebnisse. Es fiel das Wort: „Mir kommt in diesen Zeiten jeder Mann wie ein Deserteur vor, der nicht auf irgendeiner Seite hinter Stacheldraht gesessen hat". Man ließ John den Deserteur merken. Er war betreten; die Freude am Wiedersehen war ihm verleidet.

Seine Meinung über mich hatte sich offenbar geändert. Aus einem Objekt seiner Verfolgung ließ er mich zu seinem Gönner avancieren. Er wolle seine Anwaltspraxis in London aufgeben und versuchen, in Deutschland als Rechtsanwalt zugelassen zu werden. Ich könnte ihm vielleicht dabei behilflich sein, meinte er. Nach der sattsam gemachten Erfahrung, daß man in unseren barbarischen und hurtig wechselnden Zeiten vorsichtig sein soll in der Auswahl seiner Feinde, wandte ich mich dann auch an den Vorsitzenden eines großstädtischen Anwaltsvereins, um ihm John für die Zulassung als erfahrenen Auslandsanwalt zu empfehlen. Es interessierte mich, daß John damals nicht an seine Nürnberger Tätigkeit erinnert werden wollte. Er verleugnete selbst auf mein

Befragen seine Rolle als Zuträger im Hamburger Manstein-Prozeß, der zu dieser Zeit über die Bühne lief. John war nur auf „Urlaub" von Hamburg nach Wiesbaden gekommen.

Bei einer nächsten Begegnung ließ er mich wissen, daß er nach einer Aussprache mit seinen Londoner Freunden auf ein anderes Ziel, nämlich den öffentlichen Dienst, lossteuern wolle; er erwarte, daß ihm seine Freunde aus der Emigrationszeit, die nun führende Rollen in Deutschland spielten, unterstützen würden, im jungen Bonner Auswärtigen Amt anzukommen. Er nannte mir seine Fürsprecher aus der sozialdemokratischen Emigration und den Bundesminister Kaiser. Aber John wurde der Eintritt in das Auswärtige Amt verwehrt, wie er mir alsbald mitteilte. Man könne keine Verräter gebrauchen. Die Sache amüsierte mich. Nun ja, er hatte ja auch Weizsäcker verraten. John konnte eine Mischung aus Verblüffung und Niedergeschlagenheit nicht verbergen, weil er doch hier gerade Gesinnungsgenossen anzutreffen gehofft hatte. Ich dachte damals an Siegmund Freud und die Komplexe aufladende Wirkung aller Heimlichkeiten, an Fehlleistungen, die aus den ramponierten seelischen Unterwelten unserer deutschen Giseviusse aufsteigen müssen. Und ich dachte: armer Mann, Du siehst nicht danach aus, als ob Dir Deine Rolle gut bekommen könnte; dazu gehört ein härteres Holz. So folgte dann auch eine Fehlleistung auf die andere: Die Überbewertung der nationalistischen Gruppen, die ihn einen Verräter nannten, und eine Serie verfassungswidriger Handlungen des Verfassungsschützers.

Doch wir wollen nicht vorgreifen. Einige Wochen

später erschien John mit Dienstwagen und Chauffeur als „Kommissarischer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz". Er war einer meiner Nachfolger geworden. Über den Hergang seiner Investitur ließ er sich mit Genugtuung aus. Ob seine Darstellungen den Tatsachen entsprachen, erscheint mir heute zweifelhaft. Während seines Antichambrierens in Bonn sei er im Restaurant des Bundestages mit einem unbekannten Herrn ins Gespräch gekommen. Als dieser sich als Referent in der Bundeskanzlei zu erkennen gegeben habe, habe er, John, in aller Offenheit über seine antifaschistische Vergangenheit und sein Anliegen berichtet. Dabei sei es über seinen Gesprächspartner wie eine Erleuchtung gekommen: „Hören Sie, dann wären Sie doch der richtige Mann für die Politische Polizei. Die Hohen Kommissare haben sich die Zustimmung zur Besetzung dieses Postens vorbehalten, nachdem sie schon ein gutes Dutzend unserer Vorschläge abgelehnt haben." Dann sei alles in Windeseile vor sich gegangen. Die Hohen Kommissare hätten nicht mit ihrer Zustimmung gezögert.

Er entwickelte dann dilettantische Vorstellungen über den Aufbau seines Amtes, ein Durcheinander von Karl May, Hoover-Polizei, Deuxième Bureau und Secret Service. Ich riet ihm warnend, mit einem Studium der deutschen Verwaltungsorganisation zu beginnen und die Einrichtung eines „selbständigen Apparates" zu unterlassen. Der führe unweigerlich in die Unterwelt, in den Hexensabbath eines unkontrollierbaren Agentenbetriebes. Auf keinem Gebiet sei der bloße gute Wille so gemeingefährlich wie auf diesem. Korrektes Sachverständnis müsse als Auswahlprinzip für seine Mitarbeiter gelten, da er an-

derenfalls bald ein Opfer der finsteren Gestalten würde, die sich seit je zu diesem Dienst gedrängt hätten. John konnte mich nicht begreifen.

Als er mich wiedertraf, berichtete er von den ersten Mißhelligkeiten. Die Bürokraten bereiteten seiner endgültigen Ernennung Schwierigkeiten. Die Ministerialbeamten Egidi und Ritter von Lex hätten ihm ihr Mißfallen über seine vorläufige Bestellung offen zum Ausdruck gebracht; sie wollten vor ihrer endgültigen Zustimmung in eine Prüfung seiner Vergangenheit eintreten. Und ich konnte mir sehr gut vorstellen, wie sich meinem alten Landrat Egidi die Haare sträubten vor der Zumutung, ausgerechnet Mr. John das Amt des Verfassungsschutzes anzuvertrauen. „Ob es wahr sei, daß er während des Krieges am britischen Soldatensender gearbeitet habe, ob es wahr sei, daß er deutsche Kriegsgefangene zum Verrat militärischer Geheimnisse aufgefordert habe, ob es wahr sei, daß er in britischer Offiziersuniform die Nürnberger Ankläger unterstützt habe, usw.", das hätten sie ihn gefragt und er solle sich äußern und seine Äußerungen mit Zeugnissen belegen. Und ob ich aus meiner Kenntnis der Nürnberger Verhältnisse Egidi „aufklären" wolle. Nun litt John offenbar an negativen Halluzinationen seiner Vergangenheit gegenüber; denn er wollte auch mir gegenüber nicht wahrhaben, daß er ein Mitarbeiter im Nürnberger Anklägerstab gewesen sei. Und als ich ihm vorhielt, daß ich beim besten Willen nicht behaupten könne, daß er n i c h t in britischer Uniform mir dort begegnet sei, entwaffnete er mich mit der Bemerkung: das war doch nur der „battle-dress", der von jedem englischen Zivilisten in Nürnberg getragen wurde.

EINE GEMISCHTE GESELLSCHAFT

Der Leser wird den Eindruck haben, daß diese persönlichen Bekundungen zur Persönlichkeit Johns unvollständig sind, wenn sie nicht ergänzt werden durch die Schilderung des Milieus, aus dem er gekommen ist.

„Not macht seltsame Bettgenossen", dieses Shakespearewort mag man als Motto über die Geschichte des „Deutschen Widerstandes" setzen. Wenn zum Begriff des Widerstandes wesentlich ein Handeln gehört, so verringert sich seine Armee um die Murrenden und bloß Unzufriedenen, die, sich nach 1945 zur Krippe drängend, unbotmäßige Träume und geflüsterte Bemerkungen im ehelichen Schlafgemach als Widerstandshandlungen ausgeben wollten; auch um alle diejenigen, die zu Schaden kamen wegen einer bloßen Gesinnung, die sie einmal vor 1933 demonstriert hatten. Hierher gehören die kommunistischen Parteimitglieder, die dafür, daß Hitler ihren Bürgerkriegsplänen zuvorkam, nach 1945 mit ungeheuerlichen Geldsummen entschädigt wurden. Hierher gehören auch ganze Heereszüge schwarzer Zigeuner, die mit Hekatomben Geldes überschüttet wurden, was dann dem deutschen Landser und dem verjagten Ostdeutschen so recht die Art einer neuen Gerechtigkeit vor Augen führte.

Die Handelnden wiederum spalten sich in diejenigen, die aus sittlichen Motiven gegen das Regime

auftraten und Verfolgung und Tod erlitten und diejenigen, die Ehrgeiz, Disziplinfeindlichkeit oder strafbare Handlungen in einen Konflikt brachten. Aus letzteren rekrutierte sich das Heer der Widerstandsneurotiker, die ihrer politischen Rentenpsychose nachgingen und die Posten der Denazifikatoren besetzten. Der Haß dieser Niedrigen, die der regierende Feind nach 1945 erhöhte, hätte die vornehmen Toten allzu gerne verschwiegen oder noch einmal gerichtet. Daß sich Leute den Lorbeer des Widerstandes an den Hut heften durften, die für den normalen Deutschen nicht mit der Feuerzange anzufassen sind, hat längst auch den echten Widerstand aus Gewissensnot kompromittiert. Johns Überlaufen zu den Bolschewisten von der 10-Jahresfeier des Widerstandes hinweg hat den Worthaltern der mit Unwahrhaftigkeiten, Dünkel und Profitsucht überladenen Legende des deutschen Widerstandes und der bedenkenlosen Selbstverherrlichung seiner Nutznießer jedenfalls eine Weile den Mund gestopft.

John, der als der amtlich bestellte Oberpriester dieser gemischten Gesellschaft die ganze Macht seines Amtes für ihre Verherrlichung und die Garantie ihrer Pfründen einsetzte, gehörte zu keiner der aufgezählten Gruppen. Er war schlicht ein Verräter. Dabei soll man nicht vergessen, daß sich noch einige Tage zuvor Staatsanwälte gefunden hätten, die ein Strafverfahren zu seiner amtlichen Ehrenrettung wegen dieser schlichten Feststellung eingeleitet hätten.

Wen aber meine eigne Meinung zum deutschen Widerstand interessiert, der möge wissen, daß der verantwortliche Mann an jeder Stelle und zu jeder Zeit Widerstand zu leisten hat — gegen Dummheit,

Roheit und Rechtlosigkeit, daß er sich dessen nicht zu rühmen hat und daß er wegen der Unfälle, die er bei solchem Handeln erleidet, keinen Schadensersatz von niemandem zu fordern hat. So haben es tausende deutscher hoher Beamter gehalten, ohne je dabei an ein besonderes Verdienst gedacht zu haben. Eins steht fest, die Nutznießer des Widerstandes scheinen völlig saturiert zu sein, sonst würden sie sich an neuen Gelegenheiten zum Widerstand noch einmal erproben können.

Die bezahlten Agenten der „Roten Kapelle", deren erste Aktionen in meiner Dienstzeit in Berlin beobachtet wurden, gerieten fast alle auch in das Flechtwerk des Agentennetzes der Himmlerschen Gestapo. Diese ungelüfteten Beziehungen der Verräter nach hüben und drüben bereiten bis heute einigen hervorragenden Funktionären der Ostzone und hohen Nutznießern der Bundesrepublik schlaflose Stunden. Es gibt einige Indizien dafür, daß auch John auf den Spuren Schelihas gewandelt ist. Nach meiner Kenntnis stehen jedenfalls dem „Spiegel" bessere Wege zur Wahrheitsforschung offen, als den Ämtern des deutschen Verfassungsschutzes, wenn er über dieses Stadium von Johns Vergangenheit berichtet. Daß John zur Ehrenrettung seines Freundes Oster nicht zögerte, unsere Steuergelder für kostspielige und fragwürdige Prozesse zu verwenden, die mit aller Gewalt den Landesverrat als sittliche Notwehr sanktionieren sollten, läßt uns jedenfalls vermuten, auf welcher Flanke des oben analysierten Widerstandes er schon vor seiner Flucht nach England gestanden hat.

In England vollends fand John das Milieu und die

Komplicen ungehemmter verräterischer Tätigkeit. Es gab dort auch andere Kreise deutscher Emigranten. Das Wirken der deutschen Sozialdemokratie im Exil hat im großen und ganzen keine Entlarvung zu scheuen (Erich Mathias: „Sozialdemokratie und Nation"). Ihre nobleren Geister bemühten sich um eine selbstkritische Revision ihrer Ideen, insbesondere ihres wirklichkeitsfremden Internationalismus und Materialismus, der die glaubens- und symbolhungrigen Massen erst Hitler zugetrieben hatte. Daß Hitler den nationalen Affekt der Deutschen mit so großartiger Wirkung ansprechen konnte, hat dort manchen Vaterlandslosen vom internationalen Marxismus nachträglich freigemacht. Sie betrachteten Deutschland als „die Heimat" und ihre Diskussionen kreisten um das Gedankenpaar „Für Deutschland gegen Hitler". Die Anerkennung des Nationalen als einer elementaren menschlichen Wirklichkeit, die Schumacher mit leidenschaftlichem Pathos in der heroischen Zeit der Denunzianten und Strolche nach 1945 verkündete, war indessen nicht nachhaltig genug, um die Rückkehr der Sozialdemokratie zu dem alten Steckenpferd des Internationalismus zu verhindern; aber auch die Tatsache, daß sie die Spießgesellen Johns in ihren Reihen duldet, setzt sie außer Stand, irgendwelche Lehren aus dem deutschen Dreyfuß-Skandal zu gewinnen oder zu erteilen. Ich weiß zu gut, daß nähere Hinweise zu einer Gefährdung meiner Existenz führen würden und meine skeptische Betrachtung des Ganzen sagt mir, daß dies die Sache nicht lohnt. Es ist jedenfalls klar, daß auf dem linken Flügel der deutschen Arbeiterführung Personen stehen, die weder einer Rückversicherung bedürfen noch

eines Überlaufens zu den Bolschewisten. Sie könnten in Ruhe die Ankunft der Russen im Westen abwarten.

Jedenfalls stand John mit diesen Kreisen und zu Überläufern aus anderen Lagern, wie Putlitz, in engster Verbindung. Mit ihnen arbeitete er für den Soldatensender Calais und für die BBC, mit ihnen bereiste er die deutschen Gefangenenlager, um unter dem Vorwand demokratischer Umschulung weitere Komplicen für die antideutsche Hetze ausfindig zu machen.

Als einer der Kenntnisreichsten und Aktivsten kam er dann mit einer britischen Equipe von „Deutschland-Sachverständigen" einige Monate nach Beginn des großen Prozesses Anfang 1946 nach Nürnberg.

In den „Betrachtungen eines Unpolitischen", in denen der damals noch konservative deutsche Dichter Thomas Mann in einer Art vorausschauendem Selbstekel vor seiner künftigen Mißgestalt die ewige deutsche innere Emigration und den demokratischen Zivilisationsliteraten anprangert und „Gift und Operment" gegen die westlichen Demokratien speit, wird als das einigende und negative Begriffsmerkmal der westlichen Demokratie der „antipreußische Komplex" bezeichnet. In der Tat war den westlichen Demokraten die „skandalfreie Geschichte" der preußisch-deutschen Verwaltungsorganisation, wie sie noch der amerikanische Präsident und Staatsrechtler Wilson in der Einleitung eines seiner Werke verherrlichte, ein Dorn im Auge. Um aus den Deutschen bessere Menschen zu formen, hätten die Amerikaner zwei massenmordende Kreuzzüge vom Zaune ge-

brochen, behauptet der kluge Botschafter Kennan in seinem Buche, das die Fehler der amerikanischen Weltverbesserungspolitik geißeln soll. So war denn auch Hitler nur der Vorwand, um dem preußisch-deutschen Wesen endgültig den Garaus zu machen. Das Nürnberger Gericht war in seinen tiefsten Absichten dann auch nicht zur Bestrafung der „Nazis" konstituiert, sondern zur Ausrottung des preußischen Geistes, (wobei es wohl besser um die amerikanische Weltherrschaft und um den Weltfrieden bestellt wäre, wenn sie ihn statt der geraubten Patente als edelste Kriegsbeute mit über den Ozean gerettet hätten). Äußere und innere deutsche Emigration stellte sich willig zur Vollstreckung des Verdammungsurteils gegen die Deutschen ein. Jedenfalls erfolgte die Zusammensetzung der Anklagebänke mit geringen Ausnahmen unter den Einflüsterungen deutscher Emigranten, die nicht „die Verbrechen der Nazis" vergelten, sondern ihre eigenen Komplexe aus den Jahren vor 1933 gegen Bürgertum und Offiziere, Wirtschaft und Industrie abreagieren wollten. Die Anklagen richteten sich also gegen das „unheilige Bündnis des deutschen Militarismus und Kapitalismus mit dem Nationalsozialismus" (Einleitung der Anklageschrift gegen die I. G.-Direktoren).

So wurde schließlich Gegenstand der Nürnberger Anklage das Deutsche schlechthin, und die auf den Bänken sitzenden Beschuldigten waren Repräsentanten für alle anderen Deutschen, auswechselbar mit jedem beliebigen Mann auf der Straße. Wer sich den Anklägern und ihren mächtigen Hintermännern als deutscher Mitarbeiter empfehlen wollte, mußte eine antideutsche Haltung bewiesen, die kriegfüh-

renden Heere verraten und gegen Deutschland optiert haben. Denn der „gute" Deutsche war immer nur der antideutsche Deutsche, der als guter Franzose, Engländer, Amerikaner oder Russe gelten wollte. Und leider muß man es feststellen: Nur die deutsche Nation verfügt über ein beachtliches, Jahrhunderte altes Reservoir von solchen geborenen Kollaboranten. Für sie war endlich der Zeitpunkt gekommen, mit den Siegern zusammen ihre Landsleute anzuklagen, zu screenen und diejenigen zu empfehlen, die den Aufbau der Demokratie bewerkstelligen sollten. Sie sollten den alten Machtstaat auslöschen helfen, um den neuen machtlosen Unstaat aufzubauen.

Nun kam noch ein besonderes hinzu: die Nürnberger Ankläger der „Nachfolgeprozesse" waren, von einigen Richtern abgesehen, keine konservativen Patrioten ihrer amerikanischen Heimat, sie waren von den Morgenthau-Leuten entsandte Deutschenhasser und Rachegeister, die von irgendeiner engstirnigen Ideologie aus forderten, daß der gottgefällige Mensch und Demokrat ein „Leftist" sein müsse. Den Ruhmeslorbeer des deutschen Widerstandes billigten sie ausschließlich den Kommunisten zu. Ein aktives kommunistisches Element führte offen die entscheidende Sprache. Klar war für sie auf jeden Fall, daß ein Antikommunist immer ein Faschist sein mußte. Das Bekenntnis zu einer undoktrinären Vorstellungswelt des gebildeten Deutschen war für sie gleichbedeutend mit einem Bekenntnis zu Hitler.

Die amerikanischen und englischen Offiziere, die den Ablauf des „dirty trial", des schmutzigen Prozesses, mit immer wachsender Abneigung gegen die

merkwürdigen Figuren verfolgten, die sich als Amerikaner ausgaben, (wobei ein gutes Schock amerikanischer Salonbolschewisten nicht vergessen werden darf), nahmen an den seltsamen Begriffsbestimmungen nicht teil. Als der deutsche Zeuge, Militärwissenschaftler Oberstleutnant Scheidt, aus der Gunst einiger Ankläger verdrängt werden sollte, wurde er von einer wachsamen Gruppe kommunistischer Gralshüter vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt unter der Anklage, daß er sich fälschlich in seinem Fragebogen als deutscher Leftist ausgegeben habe. Die Richter-Offiziere konnten nicht begreifen, warum das eine strafbare Anmaßung sein sollte und sprachen ihn frei. Englische Offiziere und der berühmte amerikanische General Bill Donovan, die sich immer wieder für eine sachliche Klärung aller Anschuldigungen eingesetzt hatten, wurden dann ebenfalls wegen der Förderung eines Faschisten angegriffen.

Es bedeutet das Gewicht des vielbeschrieenen Anklägers Robert Kempner überschätzen, und das „Verdienst" der Emigranten vom Schlage Johns unterschätzen, wenn man Kempner allein für Ausweitungen der Anklagen auf den nichtmarxistischen Deutschen schlechthin verantwortlich macht. Kempner kannte nur die deutschen Verhältnisse bis 1934. Er bedurfte der Anregung späterer Emigranten für die Untermauerung seiner Beschuldigungen. Für die unfreiwilligen deutschen Zuschauer war John hier eine Schlüsselfigur.

AUSLÄNDISCHE AUFTRAGGEBER

Die Bestellung Johns als Aufseher über das politische Benehmen der Deutschen konnte nur aus einer Atmosphäre erfolgen, in der dieselbe Vorstellung von dem „guten" Deutschen wie in Nürnberg herrschte. Ein Unding, zu vermuten, daß der Bundeskanzler die Investitur Johns gewünscht oder auch nur angeregt habe. Für Adenauer konnte die Tätigkeit der politischen Polizei überhaupt kein Interesse haben; sie mußte ihm völlig überflüssig erscheinen, solange die Besatzungsmächte mit Soldaten und Kanonen auch nur die geringste Regung kommunistischer und neofaschistischer Tätigkeit gegen ihn und seine Politik im Keime ersticken konnten; denn was sollte diesen und ihren Milliarden verschlingenden militärischen Kräften überhaupt noch als Aufgabe verbleiben, wenn sie dieselbe einer kostspieligen deutschen Organisation abzutreten hatten? So kann denn das Amt Johns nur eins in der Reihe der fiktiven Gebilde sein, die Souveränität vortäuschen sollen, eine Scheinsouveränität, deren Finanzierung uns teurer zu stehen kommt als je eine echte. Wenn es über diesen Selbstzweck als bloße Fassade zu dienen noch andere Aufgaben zu erfüllen hatte, so war es nur konsequent, daß die Hohen Kommissare einem Mann ihr Vertrauen schenkten, der bedingungslos einer der ihrigen war, der sich in ihrem Dienst seine Sporen verdient und nur dem Namen nach für sie

als Deutscher galt. John ist weniger ein Symbol deutscher Zwiespältigkeit, als der wahre Ausdruck unserer Souveränitätslosigkeit, die durch das Zwangsrecht des Besatzungsstatuts, durch Legalisierungen von Gewaltmaßnahmen und schließlich durch die Überschwemmung unseres Landes mit Staatshoheit vortäuschenden Gebilden, Parlamenten und Kabinetten verborgen werden soll. Johns Flucht hat nicht die Deutschen sondern das wahre Gesicht der Gewalten demaskiert, die uns Freiheit und politisches Handeln im eigentlichen Sinne nur soweit konzedieren als es ihnen, unseren wahren Herren gefällt, was denn bedeutet, daß uns Politik als eine uneingeschränkte Funktion der Souveränität überhaupt versagt ist — woran dann wieder der Mann auf der Straße die Frage knüpfen mag, warum dann soviel Geräusch um ein Omelett — Verfassungen, Verfassungsschutz, Parlamente, Kabinette, Abgeordnete, ein Mammutgebilde, alles noch verschwenderischer aufgebaut als bei souveränen Nationen — und alles ein Riesentrugbild, aus genialer Teufelei erdacht, und doch nur anwendbar auf das autoritätsgläubigste Volk der Erde, die Deutschen? Nein, er durchschaut des Kaisers neue Kleider, er ist nüchtern geworden, und da er trotzdem nicht rebelliert, sondern seinem Tagwerk nachgeht, damit er neben dem Familienunterhalt auch noch das Geld aufbringt für diesen lustigen Apparat, mag man auch im Ausland sein dröhnendes Gelächter über Herrn John begreifen. Es fragt sich nur, was steht denn überhaupt noch auf dieser Bühne, die auf so schwankenden Brettern aufgebaut ist, wie Claudels vorletzter Akt im „Seidenen Schuh“, was steht dort

überhaupt noch aus eigenem Recht? — Vielleicht ist es nur der Bundeskanzler, der aus dem letzten Recht der Unterworfenen, nicht anders wie Dönitzbeauftragter Friedeburg vor Montgomery an der Elbe, nur auf die Fahne des Parlamentärs gestützt, der einzige autorisierte Worthalter der Nation ist.

Nun kann es nicht genug sein mit der Feststellung, daß der vornehmste Kern der Institutionen, die eine Eigenständigkeit unseres Verfassungslebens vielleicht künftig einmal gewährleisten sollen, ein fauler Kern gewesen ist, weil er aus dem Ausland in unsere Bundeslade, die das Heilige Buch der Bonner Demokratie bewahrt, transplantiert wurde. Wir müssen uns auch fragen, wie er sich der Aufgaben entledigt hat, die ihm nicht das Grundgesetz und andere deutsche Gesetze stellten, sondern das unsichtbare Zwangsgesetz der Fremden. Wir können heute sagen, daß John sich dieser Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber entledigt hat.

Ein Staatsrechtler vom Range Carl Schmitts hätte seine Schüler schon längst vor die Aufgabe einer Entlarvung dieser in deutsches Recht verkleideten Auslandsaufträge gestellt. Uns fehlt die Zeit und der Ansporn, dies in extenso auch nur zu versuchen.

Ganz offen zutage liegt nun auch für den Betulichsten und seinesgleichen, daß John immer funktionierte, wenn der Katze die Schelle angehängt werden sollte. Dabei wollen wir festhalten, daß die großen Schläge in Abwesenheit und Unkenntnis des Bundeskanzlers geführt worden sind. Die Aktion gegen den sogenannten „Gauleiterkreis", das „Naumann-Komplott", erfolgte ohne ihn einzuweihen. Die Verhaftung der Kaufleute, die in die „Vulkanaffaire" ver-

wickelt waren, geschah während seiner Abwesenheit in Amerika. Beide Aktionen richteten sich gegen eine Ausweitung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen nach Süden und Osten durch die immer von neuem zugkräftige politische Verdächtigung der Deutschen und durch polizeiliches Einschreiten gegen deutsche Außenhandelskaufleute. Während es bei Naumann darum ging, deutsche Geschäfte mit Ägypten und dem Kongo zu verhindern, so war es bei den „Vulkanisierten“ das Interesse daran, die Anfänge eines deutschen Osthandels zu sabotieren. In beiden Fällen waren es Seifenblasen, die auch bei der besten Absicht sie zu konservieren, platzen mußten. Was geblieben ist, sind Schadensersatzprozesse gegen die Bundesregierung und die Verdächtigung der Deutschen schlechthin.

Nicht nur der Strafrechtler, der wissentlich falschen Anschuldigungen nachzugehen hat, kann sich heute die Frage nach dem Motiv und dem Interesse an diesen Anschuldigungen beantworten. Es war jedenfalls keineswegs ein deutsches Interesse. Nach Mitteilung amtlicher Stellen hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz entscheidenden Anteil an Materialsammlung und Lieferung — Material, das sich als falsch erwiesen hat, Material, das von John geliefert wurde.

Wenn man sich nun vorstellt, doch es ist eine utopische Vorstellung, daß durch eine Höhere Gewalt eine Untersuchung eingeleitet würde, wo noch andere Gesinnungsgenossen aus dem unerschöpflichen Born Morgenthaus, aus den Reihen der „Roten Kapelle“, und der Londoner Kriegsantifaschisten vom Schlage Johns wirksam sind, daß eine Reinigung des

deutschen Tempels einsetzte — doch wir wollen den Gedanken nur andeuten, denn es ist eine utopische Vorstellung, selbst für den Fall der Übertragung der „vollen" Souveränität. Es wäre der Krisenfall, der Moment, in dem unsere Obrigkeit die Besatzungsmächte ersuchen müßte, den Ausnahmezustand zu verhängen, es sei denn, daß Amerika eines Tages in seine Lieblingsprovinz am östlichen Rande der alten Welt einen Spezialisten gegen undeutsche Umtriebe entsenden würde. Wir können nur hoffen, daß sich der Fremdkörper langsam wie in einem gärenden Bottich von selber absondert. Was ist schon alles aus dem Amte Blank herausgestiegen, die Scheidt und Heinz. — Abwehr- und Pressechefs in fremden Diensten! Doch immer von außen Lancierte oder aus und von dunklen Instanzen als Widerstandshelden stigmatisierte.

Was uns interessiert, ist nun der Zeitpunkt, den John für seinen Schritt gewählt hat. Sicher war das historische Datum des 20. Juli unerheblich für die Wahl des Tages seiner „entscheidenden Demonstration". Ausnahmsweise sei auch uns eine Spekulation erlaubt. Wenn die Russen und ihre Freunde im Westen den Zeitpunkt bestimmt haben, so muß man ihn wohl im großen weltpolitischen Zusammenhang sehen. Wir stehen möglicherweise vor einer Wendung der amerikanischen Politik, die sich unter dem Eindruck der labilen Haltung Frankreichs und der widerstrebenden Interessen Englands vollzieht. Will man zu der Enttäuschung, die die Genfer Indochinaregelung und die daran anknüpfende Kette ostasiatischer Entwicklungen in der amerikanischen Öffentlichkeit bewirkte, noch ein weiteres Ärgernis hinzufügen,

das den Amerikanern das Interesse an der entscheidenden Bastion Europas verleiden soll, so kann man sich nichts Besseres wünschen als Enthüllungen eines deutschen Amtes für Verfassungsschutz. Und da sind wir bei einem Argument deutscher Rechtskreise, mit denen John in Verbindung stand, angelangt, die sich ihrerseits eine Version für das überraschende Verschwinden Johns zugelegt haben, eine Version, die gleichzeitig das gewählte Datum in ein neues Licht rückt. Kein böser Nazi habe Herrn John von seinem sicheren hochdotierten Posten in der Bundesrepublik fortgetrieben, sondern einzig der Befehl der alten Auftraggeber Johns — in der Downingstreet. Nicht gewillt, den EVG-Vertrag zuzulassen, aber gleichzeitig zu geschickt, den Amerikanern offen entgegenzutreten, hätte sie ihren alten Agenten John nach dem Osten geschickt, um dort mit Enthüllungen über deutsche Aufrüstungs- und Offensivpläne nach vollzogenem EVG-Vertrag, aufzuwarten. Diese „Enthüllungen" würden auch den letzten französischen Deputierten abhalten, für den EVG-Vertrag zu stimmen.

So utopisch diese Theorien anmuten, werden sie doch untermauert und rücken in ein anderes Licht, wenn man den überraschenden Artikel des „Manchester Guardian" vom 28. Juli 1954 liest. Dort wird der Verrat des deutschen Abwehrchefs mild und schlicht als „ein falscher Schritt" bezeichnet, während man ihn sonst als guten Amtschef und sogar „als umsichtigen Diener der deutschen Demokratie" preist. Jeder gute Deutsche wird sich gerne von den Engländern belehren lassen, wie sich ein guter Diener der Demokratie aufzuführen habe; nur, wenn wir

ebenso milde überBurgess, Mac Lean und Pontecorvo dächten, würden uns die Engländer doch wohl östlicher Neigungen verdächtig befunden haben.

Was aber die Deutung des Abzugs von John als einer Flucht vor den Nazis anbelangt, so frage ich mich, vor welchen Nazis? Ich weiß nur, daß John keine Kosten gescheut hat, sich die einzigen mir bekannten aktiven unter ihnen zum Freunde zu machen, und daß er bei der phantastischen Vorstellung ihres Come-back nicht das geringste von ihnen zu fürchten gehabt hätte. Im übrigen bin ich mit Mr. Sefton Delmer einig, auch ich sehe die Gefahr eines Come-back der Nazis, nur ich fürchte, daß es eintritt, wenn Leute seines Schlages weiter den Kessel heizen, und sei es auch nur, um Nazis zu erfinden, die er als Schreckgespenster für eine bestimmte Propaganda benötigt.

SKANDAL MUSS SEIN

Nun interessiert uns gar nicht, was die Presse der ganzen Welt interessiert, ob John „verreist, entführt oder davongelaufen ist" („Daily Telegraph") und warum er nicht nach dem Westen, sondern auf der „Flucht vor den ihn verfolgenden Nazis" nach dem Osten ausgewichen ist. Ich zitiere aus den zahllosen Pressestimmen nur das Katholische Kirchenblatt für das Bistum Hildesheim, das der Volksmeinung am nächsten kommt: „Überläufer! Es ist keine Frage: Dr. John ist übergelaufen. Zum ‚Feind', der in Gestalt der Pankower Machthaber das

russische politische Rezept zu befolgen hat. Es ist müßig darüber nachzudenken, welche Motive John für diesen Verrat gehabt haben mag. Es ist auch zu spät, John die sittlichen Qualitäten für den hohen Posten, den er innehatte, abzusprechen. Er hat die Bundesregierung und die Oberkommission blamiert. Dieser Deserteur hat mit einem Schlage etwas aufgedeckt, was lange schon von verschiedenen Seiten bemängelt wurde: man kann jemand nicht einfach deswegen, weil er angeblich ein Nazifresser gewesen sei, auf eine hohe verantwortungsvolle Position setzen. Die Quittung für diese Meinung haben die Verantwortlichen in Händen. Man sollte überall mehr auf die sittlichen Qualitäten derer schauen, denen verantwortliche Posten übertragen werden."

Die vierundzwanzigste Verordnung des alliierten Kontrollrats schrieb den deutschen Regierungen vor, daß bei der Einstellung von Beamten und Angestellten keine ehemaligen Nationalsozialisten berücksichtigt werden dürften, selbst dann nicht, wenn der „unbelastete" Kandidat geringere Fähigkeiten aufzuweisen hätte. Es wurden dann ganze Gruppen aufgezählt, deren Mitglieder für den öffentlichen Dienst auszuschalten waren: Ehemalige Offiziere, Waffenstudenten, preußische Adlige usw. Die Verordnung wurzelte im Nürnberger Geist. Was unter ihrer Geltung in die öffentlichen Stellungen gelangte, war, wie das Gesetz es befahl, vielfach eine Auslese der Minderwertigen.

Die schlimmsten Nutznießer- und Denunziantenjahre sind überstanden. Hochstapler und Kriminelle, Schieber und Korrumpierte sind in unaufhörlichen Reihen in die Gefängnisse gewandert. Es ist nicht zu verkennen, daß viele Wassertriebe des Nürnberger

Baumes gekappt worden sind. Wir verdanken diese Schrumpfung der Herrschaft der Nutznießer und Denunzianten weder ihrer eigenen Einsicht, noch einem geheimen Zug zur Selbstreinigung der Parteicliquen und schon gar nicht der lebendigen Wirksamkeit der Demokratie, das heißt dem Einfluß der Wähler; denn ihnen ist keine Handhabe gegeben, mit dem Stimmzettel die Macht der Apparate zu brechen. Gewählt werden kann nur, wen der Urwähler, das ist die oligarchische Clique der Funktionäre, bestimmt. Ihre Regeneration ist im wörtlichen Sinne des Wortes eine Sache der nachwachsenden Generation.

Das Hauptverdienst an der allmählich fortschreitenden Reinigung verdanken wir einem glücklichen und schicksalhaften Versehen der Alliierten. Sie und ihre deutschen Helfer übersahen die Zerstörung unseres Richterstandes. Die deutschen Gerichte haben den heiligen Gral des Rechtes bewahren können, wie sie ihn schon, was auch alle Dummköpfe dagegen sagen mögen, heil durch das Dritte Reich getragen haben; Corpsgeist und Standesgefühl unserer Richter verdanken wir es auch, daß sie sich nicht in eigener Selbstzerfleischung ausschalteten; es gab kaum Denunzianten unter ihnen, wie sie sich nach 1945 in den allgemeinen Behörden erhoben und die Häscher der Besatzung und unsere Denazifikatoren auf ihre Mitarbeiter hetzten. In der Justiz sind auch in der Folge die unsachlichen Einflüsse der Parteien und Parlamente bei Bestallungen und Beförderungen noch zurückgewiesen worden. Voraussetzung dafür, daß die ordentlichen Gerichte ihre hohe und respektgebietende Tradition bewahren, hängt davon ab, ob sie Einflüsse der Parteien abwehren können. (Die von

den Parteien in die hohen Gerichte und die inflationsähnlich entstehenden Institutionen mit richterlichen Befugnissen berufenen Togaträger lassen uns schon manchmal ahnen, wohin eine von der Politik her besetzte Gerichtsbarkeit führen kann). Es wäre indessen ein schwacher Trost, die Reform unserer Personalpolitik von den Gerichten zu erwarten und zu hoffen, daß sie von Fall zu Fall in die Räder der Gerichte führt; oder bis dem Mister John die Gleichgesinnten in den Osten folgen.

In einer Zeit, da selbst hohe Würdenträger der parlamentarischen Demokratie an der von ihnen repräsentierten Staatsform Kritik üben, hört man von ihnen die entschuldigende These: „Aber die Demokratie ist das kleinere Übel gegenüber der Diktatur." Und mag man es drehen und wenden, darin steckt Wahrheit. Nur interessiert uns die eine Frage: wenn schon so vieles übel ist, muß es gleich so übel sein, wie man es treiben läßt? Gäbe es nicht irgend ein Regulativ gegen die Entartung unseres öffentlichen Lebens?

Da sind wir nun an dem neuralgischen Punkt unserer Demokratie angelangt. Um keinen Preis Ordnung und Autorität! Unter dem Deckmantel der Ordnung hat sich schon einmal die Diktatur an die Macht geschlichen. Und wie dankbar ist man Hitler, daß man ihn als Kronzeugen für das Verderbliche jeder Ordnung und Autorität zitieren kann. Er hat den Kinderschreck der Autorität als Argument geliefert für unsere nach französischem Muster etablierte Staatsform, für das ganze Jahrhundert.

Aber man ist unaufrichtig, wenn man mit Hitler argumentiert, denn man ist heute gegen die Ordnung

aus Prinzip. Die übelsten Schreiber und Literaturflegel singen das Lob des Durcheinanders, weil sie den Skandal brauchen, weil sie skandalös leben wollen, ohne von einer höheren Instanz, von einer Gruppenmoral oder einer sittlichen Gemeinschaft zur Ordnung gerufen zu werden. Ihre Existenz ist auf den Skandal gegründet. Sie sind für Frankreich und hassen Preußen. Denn Frankreichs politische Existenz ist ein fortlaufender Skandal — und wie wohl fühlen sich die Franzosen dabei — konstatieren unsere reizenden Spießer. Dort ist die freie Wildbahn für die öffentliche Korruption, dort ist der Charme in der steten Verbindung mit dem großen Skandal, kurz dort ist „der große Stoff", um den der deutsche Literat den Franzosen seit Balzac und Zola beneidet hat.

Endlich hat es aufgehört, daß es bieder und rechtschaffen bei uns zugeht — was sind das schon für Worte! Es schaudert unseren Literaturspießer vor der bloßen Vorstellung, daß solche Begriffe wieder gebräuchlich werden könnten. Nein Skandal, ganz großer öffentlicher Skandal muß sein. Er ist ein Lebenselement der Demokratie wie man sie versteht, je weniger Skandal, umso weniger Demokratie. Wer gegen Skandal ist, ist neofaschistisch. Wo es ordentlich zugeht, geht Preußen um, Preußen, das nie mehr das Haupt erheben soll. Indem sie gegen Hitler zu Felde ziehen, der sie für alle Zeiten davon dispensiert hat, im Anomalen und Obszönen und im schamlos einherschreitenden Skandal etwas Verderbliches zu sehen, meinen sie eigentlich Preußen. Denn sie wollen keine preußische Demokratie, ohne zu ahnen, daß es Demokratie und Sozialismus, wenn man diese Hochworte nicht als Decknamen für die Herrschaft

der Freigelassenen mißbrauchen will, ohne das, was wir preußischen Geist nennen, gar nicht geben kann.

Es bleibt nur die einzige Hoffnung: In dem Frankreich der Skandale, der Ministermaitressen und der Giftweiber, der Kriegsschieberkriege und der parlamentarischen Bestechung hat einmal ein großer Skandal die besten Geister einer Generation mobilisiert. An der Kritik der Dreyfuß-Affaire entzündete sich die Gesinnung der Männer, die wie Heroen, wenn auch deutschfeindliche Heroen, über der faden Geschichte des Landes der allsonntäglichen Ministerstürze schweben. Vielleicht entzündet sich eine ähnliche radikale reformerische Gesinnung bei unseren Führern am Vorbilde ihres geliebten Frankreich. Aber sie müßten über ihren eignen Schatten springen. Und es wäre ein weiter Sprung erforderlich. Denn sie haben es fertiggebracht, in knapp zehn Jahren ein ganzes Jahrhundert zwischen uns und unsere Verwaltungstradition zu legen, die selbst Hitler noch im wesentlichen unzerstört zurückgelassen hatte. Denn er wußte und versuchte noch, das preußische Wesen in seinen Dienst zu stellen, dem nach der Selbstzerstörung nach 1945 ein ahnungsloses Oberverwaltungsgericht durch seine berüchtigte Entscheidung aus dem Jahre 1954 einen letzten Eselstritt versetzte.

Damit muß sich der Leser abfinden, wenn er fragt, auf welcher Plattform ich stehe, aus welcher Wertewelt ich meine Maßstäbe für Kritik und Lehren nehme: aus jener übernationalen, an keine Grenzen gebundenen geistigen Welt, die noch immer die besten deutschen Geister angezogen hat und anziehen wird, wenn auch das geographische Preußen verschwunden

ist und von allen Freigelassenen über seine Zerstörung hinaus verdammt wird. Der ordnende Staatsgeist, mochte er liberal oder konservativ, sozialistisch oder humanistisch, evangelisch oder katholisch sein, hatte seinen höchsten Gipfelpunkt im Preußischen erklommen.

SPITZELAPPARAT UND VERFASSUNGSSCHUTZ

Film, Zeitschriften und Radio haben sich der Spionagefälle und der Geheimdienstorganisationen so liebevoll angenommen, daß sich das Traumbild zu einer derartig zäh haftenden Vorstellung entwickelte, daß sich die Wirklichkeit nach diesem dramatisch halb-dunklen Bilde zu formen begann. Ein Canaris, ein John unterlagen dem „Champignonklima", das man zur Züchtung erfolgreicher Nachrichtenorganisationen für notwendig erachtete. Man verzeihe mir den landwirtschaftlichen Vergleich, aber das dunkelfeuchtwarme Regenwetter auf meinen mit Kuh- und Pferdemist gesättigten Wiesen läßt die Champignons dies Jahr so unkommentmäßig sprießen, daß sich das Beispiel von selbst aufdrängt.

Will ich selbst — um nicht den Zorn aller Verfasser von Meisterspioninnenserien auf mich zu laden, das Zwielicht für Agenten gelten lassen, so muß doch die administrative Tätigkeit einer politischen Polizei und eines Nachrichtendienstes nüchtern, sachlich, unromantisch und nachprüfbar sein. Gehen die Akten ihren ordentlichen Verwaltungsweg, so hat der Prä-

sident eines Verfassungsschutzamtes nicht nur seine Verantwortung höchst demokratisch verteilt, sondern die Möglichkeiten, ihn in einen Skandal zu verwickeln, sind auch wesentlich geringer geworden. Als Fachmann in dieser Materie möchte ich mich mit der Organisation dieser Behörde, so wie sie zur alten preußischen Zeit funktionierte, etwas näher befassen, selbst auf die Gefahr hin, einige angenehme Gruselvorstellungen bei meinen Lesern zu zerstören.

In der kritischen Debatte des Bundestages über das Amt für Verfassungsschutz, welche wahrscheinlich den Absprung Johns eingeleitet hat, waren sich die Redner der Parteien darüber einig, daß der „Verfassungsschutz" notwendig sei. Die oft notwendigerweise dilettantischen Ausführungen gipfelten darin, daß die Selbständigkeit dieses Staatsorgans erhalten werden müsse. Merkwürdigerweise vertrat diese Auffassung auch der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses, der als Schwiegersohn des bedeutenden preußischen Sozialdemokraten und Ministers Severing, die Organisation und Wirksamkeit von dessen politischer Polizei — das bedeutet Verfassungsschutz — studiert haben sollte.

Die Frage nach der politischen Polizei ist die Gretchenfrage an den modernen Staat. Ihre Selbständigkeit und Loslösung von der allgemeinen staatlichen Verwaltungstätigkeit ist das Kennzeichen der Diktatur. In der Diktatur nehmen Gesinnungsüberwachung und Gesinnungsjustiz einen Umfang und eine Bedeutung an, die die politische Polizei zu dem Haupt- und Staatsorgan aufrücken lassen und die, auf den freiheitlichen Rechtsstaat übertragen, auch diesen zu einem verkappten Terrorismus führen

müssen. Die Abgeordneten waren zu Unrecht indigniert, als der frühere württembergische Ministerpräsident Reinhold Maier die schon in Entartung übergehende Tätigkeit des Bonner Amtes mit der Gestapo verglich. Wobei sein Wort, daß der Stacheldraht des KZ. sich in wenigem unterscheide von dem Stacheldraht des Verdachtes, bei den aufgedeckten Methoden einer ungehemmten Spitzeltätigkeit den Nachbetern des Wortes, daß nur da, wo Demokratie ist, auch Freiheit ist vor Furcht, in den Ohren haften bleiben sollte.

Der nazistische Einwand, daß nur ein selbständiges Staatsorgan die „Schlagkraft" aufbringe, die dem Verfassungsfeind gewachsen sei, entbehrt der Logik. Wenn überhaupt neben der panzerbewehrten Wachsamkeit der Besatzungsmächte politische Polizei notwendig ist, so fragt sich zunächst, ob die Stärke und Zahl des Staatsfeindes einen so bedeutenden Aufwand rechtfertigt, wie ihn regelmäßig eine selbständige Staatsorganisation erfordert. In den vergangenen fünfzig Jahren war die politische Kriminalität in Deutschland kaum jemals so geringfügig, wie in den letzten Jahren. Die Zahl der politischen Morde und Verbrechen von Rechts- und Linksradikalen in der Zeit nach 1918 verträgt überhaupt keinen Vergleich mit der apathischen Ruhe unserer Tage. Eine gewaltige Organisation aber gegen die Halluzinationen gewisser Politiker aufzubauen, wäre eine Don Quichotterie. Nun gebe ich zu, man kann Neurotikern ihre Zwangsvorstellungen nicht ausreden, insbesondere, wenn sie täglich in ausländischen Zeitungen von unterirdischen Kräften lesen und von dem politischen Sprengstoff, der hinter der Fassade des

Staates schon eingelagert ist. (Man erinnere sich nur an den bayerischen Innenminister Hoegner, der auf Grund einer Falschmeldung über ein geplantes Attentat auf den bayerischen Landtag, für politische Verbrechen die Wiedereinführung der Todesstrafe forderte, während er und seine Freunde sonst kategorisch die Wiedereinführung der Todesstrafe ablehnen.) Es wird deshalb auch nichts fruchten, darauf hinzuweisen, daß selten in Deutschland eine so starke Mehrheit an Wählern sich für die verfassungsmäßige Regierung erklärt hat, wie bei unserer letzten Wahl. Bei den häufigen Erörterungen medizinischer Kapazitäten über die Abgeordneten-Sterblichkeit hört man immer wieder, daß die totbringenden Erkrankungen auf psychische Ursachen zurückzuführen sind, die ein bedeutender Kliniker auf das Phänomen der Angst als eines die Europäer im allgemeinen, die Abgeordneten im besondern beherrschenden und überwertigen Affekt bezeichnete. Mag dem sein wie es wolle, Regierung und Abgeordnete wollen eine politische Polizei, die sie vor dem, wenn auch nur geglaubten, Staatsfeind schützt.

Wer und wo ist dieser Staatsfeind? Wenn dieser offen und rechtsbrecherisch in Erscheinung tritt, kann ihn jedermann erkennen. Das spricht dann auch gegen die primitive Praxis der Verbote. Wenn man jedoch dem unsichtbaren und verbotenen Feind prophylaktisch begegnen will, wer bestimmt, welcher Meyer oder Müller sich zum Staatsfeind entwickeln wird? Wenn man antwortet: Der ehemalige „Nazi“, so bedarf man einer Polizei-Armee gegen die Gesamtheit der demokratischen Wähler; wenn man antwortet: der „Kommunist“, so liegt dessen Betätigung

in der Bundesrepublik noch offen zu Tage. Wenn man aber den verkappten Kommunisten beikommen will, so muß man sich vielleicht den Methoden Mac Carthys zuwenden. Bei der Selbständigkeit des Verfassungsschutzamtes bedarf man dazu eines überdimensionalen Spitzelapparates. Dieser führt unmittelbar in das Niemandsland der Rechtsverwirrung und der Willkür. Es bedürfte wiederum eines Heeres überlegener und rechtschaffener Geister, um die ihrer Natur nach fragwürdigen Spitzel im Zaume zu halten. Wir sind also wieder bei dem Ausgangspunkt angelangt, der die Kritik des Bundestages hervorgerufen hat.

Es gibt nur einen Schutz gegen die Ausuferungen politischer Bespitzelung. Das ist die Übertragung der Aufgaben des Verfassungsschutzes an die normalen Staatsorgane und ihre Polizei; so hatten schon einmal konservative sozialdemokratische Minister mit erfahrenen Verwaltungsmännern unseren Verfassungsschutz nach 1918 organisiert. In der Bundestagsdebatte wurde gegen diese Form der Organisation der Einwand erhoben, daß eine so aufgebaute politische Polizei schon einmal im Weimarer Staat versagt habe. Es ist natürlich unsinnig, den Zusammenbruch des Weimarer Staates auf den Mangel einer selbständigen politischen Polizei zurückzuführen. Wo das Parlament, der Staat und das Volk selbst „versagen", kann nur ein naiver Mensch von einer politischen Polizei eine Rettung erhoffen. Versagt hätte sie damals, wenn sie die souveräne Staatsführung über die Umtriebe des Staatsgegners getäuscht und in Unkenntnis gelassen hätte. Davon kann aber wohl keine Rede sein in einer Zeit, in der kein Drahtzieher

mehr im Verborgenen war, in der kein Sonntag im Lande ohne Schießereien und gewaltige Aufmärsche verging, und in der der „Völkische Beobachter“ und „Die Rote Fahne“ ihre Kampfziele in Schlagzeilen den Ministern täglich unter die Nase hielten.

Es gibt heute weder das eine noch das andere. Die geheimen Drahtzieher aber, die auf den unterirdischen Flanken des Radikalismus den Umsturz vorbereiten, betätigen sich nicht in einem Geisterlande, sondern an bestimmten irdischen Orten. Wenn sie dort bei ihrer verbotenen Arbeit aufgespürt werden, so kann sich die Bonner Zentralinstanz von der Zuverlässigkeit ihrer Spitzelberichte nur dann eine Gewißheit verschaffen, wenn diese Meldungen durch die Hand der örtlichen, mit den Personen und Umständen vertrauten Staatsorgane nach oben gelangen. Allein der örtliche Landrat, Polizeipräsident oder seine Mitarbeiter können beurteilen, ob eine Verdächtigung, die ihnen zugetragen wird, sinnlos oder berechtigt ist. Und erst im Falle berechtigten Argwohns sollte eine unmittelbare Betätigung der fachlich geschulten und orientierten Stelle einsetzen. Es wäre deshalb heute in besonderem Maße an der Zeit, zu den bewährten Formen der preußischen politischen Polizei zurückzukehren.

Die Spitze der preußischen Polizei war als eine besondere Abteilung (I a) neben der hauptstädtischen Kriminalpolizei eingebaut. Ihr unterstanden nach ihrem Vorbilde in die großen Polizeipräsidien eingefügte, mit allen sachlichen und personellen Kräften und Registraturen versehene Landesstellen der politischen Polizei. Ihre wichtigeren Berichte wurden dem Aufbau der vorbildlichen Staatsverwaltung ent-

sprechend von den Polizei- und Regierungspräsidenten zur Kenntnis genommen. Die Auswahl und sittliche Reife dieser Beamten allein konnte die Gewähr dafür bieten, daß vage Verdächtigungen gar nicht hochkamen.

Als der preußische Innenminister Göring in seinem revolutionären Betätigungsdrang sich die Berliner Abteilung I a unmittelbar unterstellte, gelang es mir, ihn zu überzeugen, es wenigstens in den einzelnen Landesteilen bei der alten Verbindung mit den Bezirksregierungen zu belassen. Als er schließlich im November 1933 in meiner Abwesenheit dem Drängen eines ehrgeizigen Kriminalisten folgend, die völlige Loslösung vollzog, war die Grundlage für die durch keinen verständigen Einwand mehr gehemmte Terror- und Kellerorganisation der Himmlerschen Gestapo geschaffen.

Das Amt für Verfassungsschutz war auf dem Wege zu dieser Entwicklung. Wer der Beibehaltung dieses Systems das Wort redet, macht sich mitschuldig an dem Abgleiten in den Dschungel der Rechtlosigkeit. Allein die Furcht vor der Bespitzelung wird manchen Staatsfeind neu erschaffen. „So bin ich denn gewillt, ein Bösewicht zu werden", wenn ich schon als ein Outcast von meinem Staat betrachtet werde, wird die Reaktion der unschuldig Verdächtigten sein. Ich weiß jedenfalls aus eigener Anschauung, daß den früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Dr. Dr. Gereke, erst eine zu dauernder Belästigung ausgeartete Bespitzelung in den Osten getrieben hat.

DIE CHANCEN DES OPPORTUNISTEN

Wenn der Staat durch eine kommunistische Bedrohung gefährdet ist, so müssen die Persönlichkeiten, die zu Wächtern bestellt werden, antikommunistisch sein. Wenn man zum Prinzip der Auswahl solcher Männer die Forderung hinzufügt, daß sie in keiner Beziehung zum Dritten Reich gestanden haben dürfen, so wird man allerdings zwischen Warschau und Madrid keinen einzigen geeigneten Mann finden. Denn der kleine Kreis der Kenner dieser Sache mußte, auch wenn er im übrigen ein entschlossener Gegner des Nationalsozialismus war, mit der antikommunistischen Aktivität der Nationalsozialisten in Berührung kommen.

Nun hat die nähere Berührung mit dem Bolschewismus bei den westlichen Demokraten eine Entwicklung einsetzen lassen, die in Deutschland schon nach 1918 begonnen hatte. Erklärte linksextreme Antifaschisten verwandelten sich in Antikommunisten. In Amerika half dieser Wendung vom Freund zum Feind des Kommunismus der Kampf gegen die unamerikanischen Umtriebe auf die Sprünge. Die sozialistischen und kommunistischen Literaten des Westens schrieben umfangreiche Bücher, in denen sie die Abwendung von dem Gott, der sie getäuscht hatte, in beredter blumiger Form besangen. Der Standpunkt der Verwandelten fand seinen Hauptinterpreten in Arthur Koestler: „Der

bekehrte Kommunist ist das Salz der Erde.“ Wie es einst zum guten Ton gehörte, Spanienkämpfer und rot gewesen zu sein, so ist es jetzt modisch geworden, ehemaliger, aber heut bekehrter Kommunist zu sein. Es gibt besonders in Deutschland wenige, die mit dieser Entwicklung aufwarten können, und wenn, so kann man kaum empfehlen, aus diesem Kreis eine politische Polizei rekrutieren zu lassen. Es kann allzu leicht geschehen, daß die Paulusse wieder zu Saulussen werden. Es gibt prominente Beispiele solcher Rückfälle. Erst kürzlich remigrierte der unter viel Propagandalärm entflohene frühere tschechische Vize-Ministerpräsident Lausmann wieder in die Tschechei, oder man denke an den Atomwissenschaftler Fuchs.

Doch wenn wir von der Personenauswahl für ein bestimmtes Staatsorgan sprechen, so drängt sich uns die Erkenntnis auf, daß wir die Auswahlprinzipien für die gesamte Staatsverwaltung ins Auge fassen müssen. Als Göring 1933 als preußischer Innenminister auch die politische Gruppe des Berliner Innenministeriums übernahm, die oberste Spitze der politischen Polizei, wurde ein Kollege von mir aus dem Amt entfernt, weil man ihn als erklärten Demokraten für nicht verläßlich hielt. Es gelang ihm schließlich, nach Beteuerungen seiner Verläßlichkeit, ein gleichrangiges Amt in der Provinz zu erhalten. Er wurde künftig nicht mehr belästigt. 1940 besuchte mich der elegante und hochgebildete Mann. Er berichtete mir, daß ihn der Kreistag seines Kreises als Landrat, den begehrtesten Posten in der Laufbahn der Verwaltungsfachleute, vorgeschlagen habe, daß jedoch „die Partei“ seiner Ernennung widerspreche.

Er bat mich, dem mir bekannten Personalchef des Berliner Ministeriums über seinen Fall Mitteilung zu machen und die Einwände der Partei auszuräumen. Man könne ihm doch seine demokratische Vergangenheit nicht mehr vorhalten, nachdem er sich jahrelang als ein loyaler Beamter des neuen Staates bewährt habe. Da ähnliche Einwände irgendwann einmal gegen jeden Beamten seitens der Partei erhoben wurden, zeigte der Staatssekretär nicht nur Verständnis, sondern er sorgte auch für die Ernennung des tüchtigen Kollegen, dessen nationalsozialistische Haltung ich zusätzlich wie in hundert anderen Fällen bekräftigt habe. Nach weiteren sieben Jahren, 1947, schrieb mir derselbe Kollege aus seinem Exil in mein Exil, ich möge doch eine Erklärung abgeben, daß er es mit dem Nationalsozialismus niemals ernst genommen habe, er habe doch alle Voraussetzungen, ein loyaler Diener der neuen Demokratie zu werden. Ich zögerte nicht, ihm dies wiederum zu bestätigen.

Bis hierher ist dieses ein Fall von hunderten und abertausenden. Was ihn von den anderen Fällen unterschied, war folgendes: Er wurde bald zum Leiter einer Ministerialabteilung befördert. In dieser Stellung begegnete er mir. Ich kann die süß-saure Miene nicht vergessen, mit der er meinen Glückwunsch entgegennahm: „Was heißt schon ‚große Ehre‘ und ‚hohe Stellung‘? Das war einmal. Wir alten Beamten haben doch unser Gesicht verloren. Jeder von uns hat nun dreimal seine Vergangenheit abschwören müssen, welcher Dummkopf in der Bevölkerung soll denn noch Respekt vor uns und unserer Stellung haben.“ Und er fügte maliziös hinzu: „Übri-

gens bin ich Sozialdemokrat geworden. Ich habe drei Kinder zu ernähren."

Es war die Einsicht in die solcherweise maltraitierte Beamteneigenschaft, die diesen Fall für mich von den anderen unterschied. Ernennungen und Beförderungen erfolgen unter der ausschließlichen Herrschaft der Parteien nach dem Prinzip des schwächsten moralischen Widerstands. Der Opportunist hat demzufolge die größten Chancen für sein Weiterkommen. Man könnte sich dabei beruhigen mit dem Hinweis: das ist nun einmal so in bestimmten Zeitläuften und unter bestimmten Staatsformen. Aber in einem der Beamtenschaft und der Verwaltung in jeder Lebensbeziehung und jeder Tätigkeit so ausgelieferten bürokratischen Mammutstaat wie dem unsrigen, hat diese Methode der Personenauswahl in den öffentlichen Stellungen eine verheerende Folge. Sie bedeutet das Ende des Verantwortungsbewußtseins gegenüber dem Staat und dem „Untertan". Es dominiert die Verantwortung gegenüber der herrschenden und die Personenauswahl bestimmenden Clique. Der Recht suchende Untertan kann keine sachliche Entscheidung mehr erwarten. Selbst seine Drohungen mit der Beschwerde sind fruchtlos, weil die jeweils herrschende Gruppe eine parteiische und keine sachliche Entscheidung erwartet. Zusammen mit der chaotischen Rechtsverwirrung, die unser öffentliches Leben zu einem Eldorado der Advokaten und Steuerberater gemacht hat, führen diese Zustände zu der apathischen Staatsverdrossenheit, die selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die betulichste Worthalterin Bonns, zu einer erregenden Erörterung des Themas veranlaßt hat: „Wehrt sich denn keiner mehr?"

Die Reform unseres Staatswesens, nach der zu rufen unser deutscher Dreyfuß-Skandal den Anlaß gegeben hat, muß demnach mit einer völligen Erneuerung unserer Staatsdienerschaft einsetzen. Erneuerung bedeutet in diesem Fall Rückkehr zu unserer unterbrochenen Beamtentradition, was in sich schließt, daß ich keinem starren Fachbeamtenstaat das Wort rede. Im alten Preußen-Deutschland war nicht nur in der Selbstverwaltung, sondern auch in der Staatsverwaltung Platz für die Heraufkunft „geeigneter Laien". Sie waren immer ein fruchtbares Element zur Liberalisierung und Auflockerung der Beamtenhierarchie.

SELBST HERMANN GÖRING ...

Was nun die Gesichtspunkte anbelangt, von denen bei der Ernennung des Leiters des hohen Amtes für den Verfassungsschutz auszugehen ist, so haben sie dieselben zu sein, die bei der Auswahl leitender Persönlichkeiten überhaupt zu gelten haben. Die juristische Vorbildung ist nicht erforderlich wegen der damit verbundenen Gesetzeskenntnis, sondern weil sie die bewährteste Schule des logischen Denkens ist. Daß hohe Bildung, verbunden mit Gerechtigkeitsliebe und Herzensgüte, Strenge gegen sich selbst und Toleranz gegenüber den Mitmenschen die Wesenselemente einer Persönlichkeit sein müssen, die als Beispielsfigur für Mitmenschen und Untergebene zu gelten hat, versteht sich wie das Moralische von selbst. Was sich für gewisse Partei-

cliquen nicht von selbst versteht, ist die Unabhängigkeit des leitenden Beamten von politischen Bindungen. Dem verhängisvollen Pluralismus unseres öffentlichen Lebens, der Zerbröselung des einen Staates in viele Staaten im Staate, in Parteien und Gewerkschaften, Länder und Wirtschaftsverbände, in unzählige Interessengruppen, kann nur durch unabhängige Persönlichkeiten, die nur dem Staat und seinen Gesetzen verantwortlich sind, entgegengetreten werden.

Es gibt nur eine beschränkte Zahl von Chefpersönlichkeiten. Eine weise und umsichtige Personalpolitik muß sie schon frühzeitig in der staatlichen Ausbildung erkennen und durch die Betreuung mit besonderen Aufgaben zu ihrer Erprobung fördern. Unter der typenbildenden Kraft der alten preußischen Staatsgesinnung, die denjenigen formte, der sich ihr lebenslänglich verschrieben hatte, war die Auswahl von Personen, die einen hochstehenden Durchschnitt repräsentierten, nicht schwer. Aber die Minister, die sich ihre höchsten Mitarbeiter in den Zentralinstanzen und in der Provinz auszusuchen hatten, wußten, daß es einen Numerus clausus der dirigierenden Persönlichkeiten gibt. Allein schon dieses Wissen stand in früheren Zeiten der uferlosen Vermehrung selbständiger Behördenstellen im Wege. Mit der Gründung neuer Ämter ist der Verwaltung nie gedient gewesen, weil es einfach an den Menschen fehlt, die mit allen menschlichen und fachlichen Eigenschaften ausgestattet, solche Behörden leiten können. Damit, daß einer auf einen Präsidentensessel gesetzt wird, ist er leider noch kein Präsident. Und in Umkehr des alten Spruches mag man dann mit Recht be-

merken: „Wem Gott ein Amt gibt, raubt er den Verstand." Die Subalternisierung der Verwaltung — womit selbstverständlich nichts gesagt sein soll gegen den im Aussterben begriffenen Typus des preußischen Subalternen —, die schon in der Hitlerzeit einsetzte, ist jetzt allgemein geworden. Der das Behördenlabyrinth abklappernde Untertan kann ein Lied singen von der starrsinnigen Beschränktheit, Kleinlichkeit und Paragraphenreiterei der Leute, von denen sein Schicksal abhängig ist.

In aller Kürze hat der Gründer des preußischen Verwaltungsstaates, Friedrich Wilhelm I., gefordert: „Meine Beamten sollen Judiz haben." Judiz, das ist Urteilsfähigkeit, das Vermögen, aus Bildung, Volksnähe und Erfahrung heraus, das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden zu können, den Sinn über dem Wortlaut der Gesetze zu erkennen, die richtige Entscheidung zu treffen. Das ist die Fähigkeit, den normalen Fall routinemäßig durch seine Untergebenen erledigen zu lassen, und den ungewöhnlichen der eigenen Entscheidung vorzubehalten.

Wenn ich nun zuletzt auf die gesinnungsmäßigen Voraussetzungen eines solchen Mannes komme, so verstand sich das, was man darunter versteht, in geordneten Staatswesen von selbst. Er darf weder ein Doktrinär noch ein Ideologe sein, weil er in diesem Falle zwar intelligent aber niemals gebildet sein kann. Er soll zu keiner Partei gehören und wenn, so soll er diese Zugehörigkeit weder ernst nehmen noch daraus eine Maxime seines Handelns ableiten. Er muß Güte haben, was denn alles in allem besagt: Reife ist alles. Es ist schwer, diesen Mann in unserem Staatswesen zu finden; denn es vermochte keine

typenbildende Kraft bei seinen Dienern zu entfalten.

Die Forderung, daß der deutsche Botschafter am Vatikan ein Nichtkatholik ist, wird auch vom katholischen Teil der deutschen Bevölkerung als nicht unbillig empfunden. Würde doch in einem Konfliktfall das Loyalitätsgefühl eines Katholiken den schwersten Belastungsproben ausgesetzt. Schwierigkeiten höherer Sphären pflegen nun aber auf niederer Ebene nicht zu verschwinden, sondern sich zu vervielfachen.

Der Chef einer politischen Polizei von politischen Interessengruppen in den Sattel gehoben, ist nicht lebensfähig. Während ein durch die Politik zum Amt gekommener Minister immer noch durch eine weise eingespielte Verwaltungsmaschine gebremst wird, ein durch politische Rücksichten zu einer wirtschaftlichen Schlüsselstellung gekommener Generaldirektor durch die Realität des „Soll und Haben" ausbalanciert wird, fällt all dieses bei einem „Leiter der politischen Polizei" fort. Selbst wenn er sich von seinen Hintermännern und Drahtziehern freimachen und die Gefühle der Dankbarkeit zu Gunsten der Rechtlichkeit unterdrücken könnte — die Grenze zwischen Bestechlichkeit und Dankbarkeit (siehe den Fall Oberjahn — Stumm in Berlin) ist eine haarfeine — so bliebe die Abhängigkeit bestehen. Denn Diktatoren und demokratische Parteien sind sich darin einig, daß sich der Mann am besten zu einem Posten eignet, den man am festesten in der Hand hat. Und es ist nicht eine Erfindung der Gestapo, daß sich das Wissen um das Skelett im Schranke zum Druck auf Männer in verantwortlicher Stellung gut verwenden läßt.

Mein zweiter Chef, dem man keine demokratischen

Neigungen und keine verwaltungstechnischen Vorkenntnisse nachrühmen kann, der preußische Ministerpräsident von 1933, Hermann Göring, sagte im Nürnberger Prozeß aus, als er um die Gründung der Gestapo gefragt wurde: „Ich wählte Herrn Diels, weil ich dieses Amt von einem Fachmann verwaltet wissen wollte, der in der Materie eingearbeitet war und als Nichtparteimann unabhängig." Ich führe diesen Ausspruch Görings hier nicht an, um mich nach meiner im Jahre 1953 ausgesprochenen Entnazifizierung und dem 8 Jahre dauernden Prozeß neuerlich über das Thema auszulassen, ob ich als Hauptakteur, Mitläufer oder Widerstandsmann anzusehen bin. Sondern ich will zeigen, wie weit das Gefühl für eine über allen Parteien erhabene reine Verwaltungstätigkeit im Laufe der letzten 20 Jahre verloren gegangen ist, ein Gefühl und ein Respekt, den selbst ein Hermann Göring am Anfang seiner Tätigkeit noch hatte.

Was nun die verantwortlichen Mitarbeiter und Amtsleiter der politischen Polizei angeht, so könnte man sie intelligenten und verläßlichen Staatsbeamten anvertrauen. Doch das wäre kein ausreichendes Prinzip der Auswahl. Da es bei dem Instrument des Verfassungsschutzes in erster Linie auf die Beobachtung und Unschädlichmachung des Radikalismus ankommt, dürfen hier nur Fachleute tätig sein. Es geht hier mehr als bei anderen Materien der Staatsverwaltung um aktuelle Kenntnisse und Erfahrungen, die nicht erlernbar oder durch theoretisches Wissen, nicht durch guten Willen, nicht durch Fleiß ersetzbar sind. Kontinuität ist ein Haupterfordernis für das Funktionieren einer Verwaltung. Es war eine unge-

schriebene Norm, daß ein Landrat nicht vor Ablauf von einem halben Dutzend Jahren als orts- und personenkundig angesprochen wurde. Die Ausschaltung in den persönlichen und örtlichen Verhältnissen erfahrener Beamter der politischen Polizei kommt etwa dem mutwilligen Verbrennen der Karteien gleich, die jahrzehntelang zusammengetragen, die Arbeit der Kriminalisten bei der Unübersehbarkeit moderner großstädtischer Verhältnisse lahmlegen würde. In viel stärkerem Maße trifft dieser Vergleich auf die politische Abwehr zu, bei der es sich nicht um einzelne nach Personen, Ort und Zeit getrennte Tatbestände handelt, sondern um das Verhalten staatsfeindlicher Gruppen, die fortgesetzt im Geheimen tätig sind.

Man mag von Göring sagen was man will. Er war nicht so töricht, das Funktionieren der Verwaltung durch die Ausschaltung der Fachleute nach dem Machtantritt Hitlers zu gefährden. Gegen den Vorwurf, rechtsbrecherische Elemente der Partei in Staatsstellungen gebracht zu haben, verteidigte er sich wiederholt mit dem Hinweis, daß er den in der Leitung der politischen Polizei vorgefundenen Fachmann mit allen seinen Mitarbeitern in ihren Stellungen belassen habe. Als Heydrich, doktrinär und verbohrt wie jeder Ideologe, begann, im Vorleben der aus der Weimarer Zeit übernommenen Beamten zu schnüffeln und Fachmänner, die nicht nach seinem Geschmacke waren, zu entfernen, begann sofort ein munteres unterirdisches Treiben der Kommunisten in denjenigen Berliner Stadtteilen, in denen diesen entfernten Kriminalisten jeder Winkel und jeder Anfällige bekannt gewesen war.

DER RING SCHLIESST SICH

Nachdem wir über die Organisation und die Personen einer politischen Polizei gesprochen haben, mag nun noch der Aufgabenkreis einer solchen Staatsfunktion kurz erörtert werden. In der zitierten Bundestagsdebatte bemühte man sich vergeblich um seine Definition und Abgrenzung. Einigkeit herrschte nur in der vagen Vorstellung: Der Staatsfeind! Der Staatsfeind muß bekämpft werden! — Nun will ich nicht davon reden, daß ein gewisser Schuß Staatsfeindlichkeit zum Begriff des anständigen Menschen gehört. Gerade der Demokrat bekämpft mit Recht den „Untertan" und er bewundert den Franzosen, dem der Staat Hekuba ist. Wer ist der Staatsfeind? Nun, derjenige, der nach den Gesetzen und der Verfassung als Staatsfeind bestimmt ist. Es muß aber jede Vorkehrung getroffen werden, daß nicht irgend eine Person im staatlichen Dienst nach eigenem Gutdünken den Staatsfeind „ernennen" kann, oder nach fern- oder nahgelenkten Weisungen von Interessentengruppen den Staatsfeind bestimmt. (Mir selbst wurde beispielsweise das Prädikat „Staatsfeind" zugeteilt, weil ich schon vor 1933 bei der Bekämpfung kommunistischer Umtriebe Beziehungen zu Nationalsozialisten gehabt habe. Es mag sein, daß dieser Vorwurf jetzt erneut dort laut wird, wo meine Lehren unerwünscht sind. Ich weise einen solchen Vorwurf aber schon hier zurück.)

Es gibt im heutigen Deutschland zahllose loyale oder jedenfalls am politischen Geschehen uninter-

essierte Staatsbürger, die von ihrem Bespitzeltsein wissen, ohne sich dagegen wehren zu können wie Reinhold Maier. Was aber noch bedenklicher ist, es gibt rechtsradikale Persönlichkeiten, die zwar als Staatsfeinde öffentlich und gerichtlich angeprangert aber gleichzeitig von Staats wegen ausgehalten werden. Man mag glauben, sie dadurch korrumpiert und an der Leine zu haben. Wer aber weiß, ob sie nicht umgekehrt ihre Auftraggeber an die Leine bekommen haben. Nur muß es doch bedenklich stimmen, daß gerade John hohe Beträge, für „Dienste" natürlich, an solche Gruppen gezahlt hat. Mehr will ich hierzu nicht sagen.

So schließt sich der Ring: Zusammenarbeit mit extrem rechts, mit extrem links. Wer weiß für wen und gegen wen? John war nur ein Agent und er wird nicht der einzige sein in Westdeutschland. Aus diesem Grunde: es geht uns nicht um Otto John. Im großen Zusammenhang tritt die Bedeutung Johns weit zurück. Auf den großen Zusammenhang hinzuweisen ging es uns. Der Fall John hat eine Fassade weggerissen. Unsere staatliche Selbständigkeit ist ein Potemkinsches Dorf. Aber das ist die andere Lehre aus dem Fall, daß uns niemand hindert, im Innern unserer staatlichen Gemeinschaft mit einer menschlichen und organisatorischen Erneuerung endlich zu beginnen, frei von Furcht, aber auch frei von Komplexen. Die innere Kraft unseres Volkes verfügt im Staatlichen über die erneuerungsfähigen Kräfte, wie sie sich auf dem Gebiete des Sports und der Wirtschaft entfaltet haben. Wenn wir zur Vertiefung solcher Erkenntnisse beigetragen haben, dann ist das Anliegen dieser Darlegungen erfüllt.

STICHWORTVERZEICHNIS

Abteilung Ia 44, 45
Adenauer, Konrad 10, 11, 27, 29
Amt Blank 31
Antifaschismus 13, 30, 46
Antikommunisten 25, 46
Außenhandel 30
Auswärtiges Amt 13, 14, 16
BBC 23
Bundestag 40, 41, 43, 56
Burgess, Guy 33
Canaris, Wilhelm 39
Daily Telegraph 33
Delmer, Sefton 8, 33
Denazifikation 15, 20, 35, 54
Denunzianten 22, 34, 35
Deuxième Bureau 17
Diktatur 36, 40, 53
Donovan, Bill 26
Downingstreet 32
Drittes Reich 8, 35, 46
Egidi, Hans 18
Emigration 11, 13, 14, 16, 22, 23, 24, 26
EVG 32
Frankfurter Allgemeine Zeitung 49
Freud, Siegmund 16
Friedeburg, Hans-Georg von 29
Friedrich Wilhelm I. 52
Fuchs, Klaus 47
Heinz, Friedrich Wilhelm 31
Heß, Rudolf 8
Heydrich, Reinhard 55
Gauleiterkreis 29, 30
Gereke, Günther 45
Gerichte 35, 36
Gestapo 9, 21, 41, 45, 53
Gisevius, Hans Bernd 16
Göring, Hermann 8, 45, 47, 50, 53, 54, 55
Himmler, Heinrich 21, 45
Hitler, Adolf 11, 19, 22, 24, 25, 36, 37, 38, 55
Hoegner, Wilhelm 42
Hohe Kommissare 17, 27, 34
Hoover-Polizei 17
Indochinaregelung 31
John, Hans 12
Kaiser, Jakob 16
Kempner, Robert 26
Kennan, George F. 24
Koestler, Arthur 46
Kollaboranten 25
Kommunisten 8, 13, 19, 25, 26, 27, 41, 42, 43, 46, 47, 55, 56
Kriegspropaganda 14, 23
Landesverrat 18, 21
Lausmann, Bohumil 47
Leftist 25, 26
Lex, Ritter von 18
Mac Carthy, Joseph 43

44

Mac Lean, Donald 33
Manchester Guardian 32
Mann, Thomas 23
Manstein-Prozeß 16
Mathias, Erich 22
May, Karl 17
Menzel, Walter 40
Montgomery, Bernard Law, Viscount 29
Morgenthau, Henry 25, 30
Nachrichtendienst 39
Nationalsozialisten 8, 24, 25, 26, 33, 34, 41, 42, 46, 48, 56
Naumann, Werner 29, 30
Neofaschisten 27, 37, 57
Nürnberger Prozeß 8, 9, 12, 13, 15, 18, 23, 24, 25, 26, 34, 35
Öffentliche Meinung 7, 11
Opportunist 46, 49
Ordnung 36, 37
Oster, Hans 21
Papen, Franz von 8
Personalpolitik 36, 47, 49, 50, 51, 52, 53
Politische Polizei 8, 17, 27, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 47, 53, 54, 55, 56
Pontecorvo, Professor 33
Preußen 23, 24, 37, 38, 39, 44, 50, 51, 52
Putlitz, Wolfgang Freiherr von 14, 15, 23
Reeducation 10
Rote Fahne, Die 44
Rote Kapelle 21, 30
Rotspanienkämpfer 47
Rückversicherung 22
Scheidt, Oberstleutnant 26, 31
Scheliha, von, Legationsrat 21
Schleicher, Kurt von 8
Schmitt, Carl 29
Schumacher, Kurt 22
Secret Service 17
Severing, Carl 8, 40
Skandal, 10, 11, 23, 33, 37, 38, 40
Soldatensender Calais 18, 23
Souveränität 27, 28, 31, 57
Sozialdemokratie 22, 40, 43, 49
Spiegel, Der 14, 21
Spitzel 39, 41, 43, 44, 45, 57
Staat 10, 11, 36, 39
Staatsfeind 41, 42, 45, 55, 56, 57
Stumm, Johannes 53
Tradition 38, 50
Vansittart, Sir Robert 14
Verfassungsschutz 16, 17, 18, 21, 30, 32, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 50, 54, 55
Völkischer Beobachter 44
Vulkanaffaire 29, 30
Weizsäcker, Ernst Freiherr von 14, 16
Maier, Reinhold 41, 57
Widerstand 9, 19, 20, 21, 25, 31, 54
Wilson, Woodrow 23



